

<https://www.youtube.com/watch?v=J7do1MTqPjo>
1. Februar 2016

Das Scharia-Blasphemie-Gesetz und inländischer Terrorismus und biblische Endzeit-Prophetie – Teil 2

Die Durchsetzung des Blasphemie-Gesetzes

Die OIC hat auch mit Hillary Clinton zusammengearbeitet, um die Resolution 16/18 durchzusetzen.

<http://www.gatestoneinstitute.org/4088/islamophobia-oic-free-speech>
11. Dezember 2013

„Der Istanbul-Prozess, der mit der Außenministerin Hillary Clinton, den ranghohen EU-Vertretern für ausländische Angelegenheiten und der ersten Vizepräsidentin der Europäischen Kommission eingeleitet worden war, um weiter an dem Konsens zu bauen, der dann in der Resolution 16/18 mündete, MUSS weitergeführt werden.“

<https://geneva.usmission.gov/2012/04/19/implementation1618/>
19. April 2012

US-Bericht über die erste Experten-Sitzung, um die Durchsetzung der Resolution 16/18 des Menschenrechts-Rates zu fördern

Zusammenfassung des US-Berichts

Der Einladung der Außenministerin Hillary Clinton waren Repräsentanten von 26 Regierungen und vier internationalen Organisationen gefolgt, die in Washington D. C. in der Zeit vom 12.-14. Dezember 2011 zusammenkamen, um über die Durchsetzung der Resolution 16/18 des UNO-Menschenrechts-Rates zu diskutieren. Dabei geht es um die „Bekämpfung von Intoleranz, negative Stereotypisierung und Stigmatisierung von Gewalt, sowie um Diskriminierung, Anstiftung zur Gewalt und um Gewalt gegen Personen, die auf Religion oder Glaubensüberzeugung basiert“. In ihren abschließenden Bemerkungen betonte Hillary Clinton:

„Die Vereinigten Staaten von Amerika veranstalten diese Konferenz, weil Religions- und Meinungsfreiheit zu unseren höchsten Werten zählen. Sie sind

in unserer Verfassung verankert. Überall stellen für die Menschen Glaube und religiöse Praxis eine zentrale Quelle unserer Identität dar. Das gibt unserem Leben Sinn und Inhalt und ist fundamental für das, was wir sind.“

Dieses Treffen zur Durchsetzung der Resolution 16/18 war auf zwei Elemente fokussiert, damit diese gelingt:

1. Verbot der Diskriminierung auf der Grundlage von Religion oder Glaubensüberzeugung
2. Ausbildung der Regierungsbeamten, wozu auch gehört, wie man effektive Ergebnisse in den religiösen Gemeinschaften durchsetzt

Die Teilnehmer stimmten darin überein, ihre Aufgabe mehr darin zu sehen, die Diskussion über die Umsetzung der besonderen Schritte, die zur Durchsetzung der Resolution 16/18 führen, aufrecht zu erhalten, als im großen Umfang einen Dialog über andere mögliche Maßnahmen zu führen, die nicht Inhalt der Resolution sind.

Die Präsentatoren und Teilnehmer bei den interaktiven Sitzungen waren Experten auf den Gebieten Gesetzesdurchsetzung und Anti-Diskriminierung. Zu den Präsentatoren gehörten Experten aus den eingeladenen Ländern und internationalen Organisationen, sowie Personal aus dem amerikanischen Heimatschutz- und Justiz-Ministerium.

Die Diskussionen wurden unter der Chatham_House_Rule geführt, um einen freien und offenen Meinungs austausch zu fördern. Während dieser Bericht die genauen Punkte und Praktiken widerspiegelt, die von allen Teilnehmern dargelegt wurden, wurde dementsprechend die Einwilligung angestrebt, bevor bestimmte Bemerkungen den einzelnen Teilnehmern zugeordnet wurde.

Bei diesen Sitzungen fand ein reger Austausch über die besten Praktiken statt, welche in diesem Bericht dargelegt werden. Die wichtigsten Schlussfolgerungen der Politikmacher haben Folgendes zum Inhalt:

1. **In den teilnehmenden Ländern sind bereits gesetzliche Diskriminierungs- und Gewaltverbote im Hinblick auf Religion und Glaubensüberzeugung vorhanden.** Weil das Wesen dieser Verbote variiert – sind einige in den nationalen Verfassungen, andere in den Inlandsgesetzen und weitere in internationalen Instrumenten enthalten, die in den relevanten Ländern dieselbe Bedeutung haben wie deren Inlandsgesetze. **Es scheint keine fundamentale Kluft im inländischen Gesetzesrahmenwerk zwischen den meisten teilnehmenden Ländern zu geben.**

- 2.

Viele Ländern haben in ihren Justiz-Ministerien Spezialabteilungen oder Büros von Generalstaatsanwälten, die sich darin als effektiv erwiesen haben, all jene aus der Zivilbevölkerung zu bestrafen, die aufgrund ihrer Religion oder Glaubensüberzeugung Gewalt oder Diskriminierung ausgeübt haben, indem sie ihnen einen Arbeitsplatz, staatliche Dienstleistungen oder den Zugang zu öffentlichen Einrichtungen, wie Hotels und Restaurants verweigern. Andere verlassen sich auf die regulären Staatsanwälte, wenn es um die Durchsetzung dieser Gesetze geht. Bei der Zivilbevölkerung Anti-Diskriminierungsgesetze durchzusetzen, hat sich als am effektivsten erwiesen und wird weit verbreitet angewandt. Auf diese Weise viele Menschen von der Bevölkerung zu erreichen, ist ein Schlüsselfaktor in allen Systemen. **Das stellt nicht nur sicher, dass die Bevölkerung die Autoritäten kennt, die bereit und fähig sind, religiöse Diskriminierungs-Fälle zu übernehmen, sondern dass die Bürger auch darüber belehrt werden, wie sie solche Fälle bei den Behörden zur Anzeige bringen können.**

3.

Es gibt große Abweichungen, was die Ausbildung von Regierungsbeamten anbelangt. Einige Länder haben Spezialprogramme für die Ausbildung von Beamten, bei denen sie lernen, religiöse Befindlichkeiten zu beachten, wenn sie Politik und Praktiken formulieren und einführen. Andere haben kein besonderes Ausbildungsprogramm, was diesen Bereich anbelangt.

4.

Die Ungleichheit, was die Ausbildung anbelangt, spiegelt die großen Unterschiede bei der Systematik wider, wie man die religiösen Gemeinschaften erreicht. In einigen Ländern gibt es dazu sehr strukturierte Systeme. Diese Systeme stellen sicher, dass sich die Gemeinschaften bewusst sind, dass es potentielle oder tatsächliche Veränderungen in der Politik geben könnte, die sie betreffen. Der Hintergedanke bei solchen politischen Veränderungen ist, dass die Gemeinschaften Gelegenheit bekommen, selbst dabei mitzuwirken. Andere Ländern haben keine systematische Methode. Doch viele haben kreative und effektive Methoden für den Einzelfall im Hinblick auf ein solches Engagement entwickelt.

5.

Effektive nationale Sicherheitspolitik und der Schutz der Menschenrechte werden wechselseitig verstärkt. **Die Gesetzesdurchsetzung erfordert die Zusammenarbeit der religiösen und anderen Gemeinschaften, um den gewaltsamen Extremismus zu bekämpfen.** Die Gemeinschaften werden nicht zusammenarbeiten, wenn sie das Gefühl haben, dass ihre Mitglieder diskriminiert werden oder deren Glaubensüberzeugungen von den Autoritäten nicht respektiert werden. Extremisten können solche Wahrnehmungen

ausnutzen, um ihre eigenen Ziele durchzusetzen. **Profilierung, die auf Religion oder Ethik basiert, verletzt nicht nur die Menschenrechte, sondern vermittelt auch ein falsches Sicherheitsgefühl und ermöglicht es Terroristen, unentdeckt weiterzumachen.**

Ende des Artikels

Weiter mit dem Video

Die Umsetzung des Blasphemie-Gesetzes erfolgt bereits in den Vereinigten Staaten von Amerika. Dazu wird ein Video gezeigt, in dem ein islamischer Führer neben Barack Hussein Obama steht.

In einem weiteren Video heißt es:

„Das ist das Ufer in meiner Nachbarschaft Minneapolis.“

Dort werden einige Passanten auf der Straße gefragt:

„Fühlen Sie sich wohler unter dem amerikanischen Gesetz, oder würden Sie lieber unter dem Scharia-Gesetz leben?“

Sie alle sagen, dass sie das Scharia-Gesetz vorziehen würden, weil sie Muslime sind.

Einer wird gefragt:

„Wie würden Sie sich fühlen, wenn jemand durch Cartoons den Propheten Mohammed darstellen würde?“

„Das würde mich anpissen. Die müssen wissen, dass sie dadurch in ein Wespennest stechen.“

Ein anderer antwortet auf diese Frage:

„Natürlich würde mich das ärgerlich machen. Die Yankees (Schimpfname für Amerikaner) denken, sie könnten die große Freiheit genießen. Sie sehen aber nicht, dass ihre Art von Freiheit bei anderen Menschen Hass auslöst.“

„Wären Sie für ein Gesetz, dass die Beleidigung Mohammeds für illegal erklärt?“

„Definitiv.“

„Ja, das würde die Aggression verringern.“

„Können Sie die Gewalt verstehen, die gegen Menschen ausgeübt wird, die den Propheten Mohammed darstellen?“

„Ja, das kann ich absolut verstehen.“

Alle Befragten waren sich einig, dass eine Person getötet werden soll, die den Propheten Mohammed beleidigt.

Ende mit der Video-Einspielung

Wir haben bereits über die No-Go-Zonen in Frankreich rundum von Paris berichtet. Das sind Gebiete, die von Muslimen kontrolliert werden. Die französischen Polizisten gehen dort nicht mehr hinein, Sie haben es aufgegeben, dort für Ordnung zu sorgen, weil dies ein Ding der Unmöglichkeit ist.

Solche **No-Gone-Zonen** haben wir auch hier in den Vereinigten Staaten von Amerika. **Wir haben 24 solcher Enklaven in 9 verschiedenen Bundesstaaten.** Was wird passieren, wenn ein Fremder oder ein Außenseiter versuchen würde, dort hinein zu kommen. Er würde zu hören bekommen:

„Wir wollen dich hier in unserem Land nicht haben.“

„Aber das Land ist doch für alle zugänglich.“

„Sie werden gefangen genommen werden, wenn Sie hier herein wollen.“

Es gibt riesige Demonstrationen in den USA, die von Muslimen durchgeführt werden, welche das Blasphemie-Gesetz durchsetzen wollen. Sie halten Plakate hoch, auf denen zu lesen ist: **„Scharia wird die Welt beherrschen“.**

Auf einer Family_Research_Council-Konferenz im Jahr 2012, abgehalten in Washington D.C., sagte Michele Bachmann:

„Ein anderer Faktor, um diese Administrations-Beschwichtigungspolitik zu verstehen, ist ihre Beziehung zu einer Organisation, von der Sie wahrscheinlich noch nie etwas gehört haben. Das ist einer der größten und mächtigsten Organisationen der Welt. Und Sie sollten ihren Namen kennen. Es ist die Organization for Islamic Cooperation (OIC = Organisation für islamische Zusammenarbeit). Ihr wird leider zu wenig Beachtung geschenkt.

Die OIC ist die zweitgrößte zwischenstaatliche Organisation der Welt,

und sie kommt, was ihre Bedeutung anbelangt, direkt hinter der UNO. Die OIC behauptet, dass sie die Autorität über ALLE Muslime besitzt, selbst über die, welche in nicht-muslimischen Staaten, wie zum Beispiel in den USA, leben.

Im Jahr 2005 hat diese sehr einflussreiche islamische Organisation einen 10-Jahre-Aktionsplan veröffentlicht, um WELTWEIT einen Scharia-Rede-Code einzuführen. Bitte hören Sie genau zu, was ich Ihnen jetzt sage. Sie brauchen meine Worte nicht für bare Münze zu nehmen; aber Sie können diesen Plan auf deren Webseite auf Englisch selbst lesen. Die OIC beabsichtigt international jede Art von Kommunikation oder Rede, die sie für den Islam beleidigend erachtet, zu kriminalisieren. Im Dezember 2011 hat sie die UN-Resolution 16/18 durchgesetzt, die ALLE LÄNDER dazu aufruft, Gesetze zu erlassen, die abwertende Bezüge auf den Islam verhindern sollen, sogar in Ländern wie die Vereinigten Staaten von Amerika.

Dies, meine lieben Freunde, erklärt die Geschichte von dieser Woche, die durchgesetzten Rede-Codes. Niemandem, keinem Muslim, keinem Nicht-Muslim, keinem Amerikaner ist es erlaubt, irgendetwas zu sagen, was die Islamisten als eine Beleidigung ihrer Religion betrachten. Sie beabsichtigen, uns zu zwingen, unserer Redefreiheit und Religion den Abschiedskuss zu geben. Aber heute sind wir vorgewarnt worden.“

Dazu sagte Obama:

„In dieser Woche hat doch Michele Bachmann tatsächlich vorhergesagt, dass ich (dabei lacht er) die biblische Endzeit herbeiführen würde (jetzt lachen alle). Das ist eine Legende.“

Bei einer anderen Gelegenheit sagte er zu einem Interviewer:

„Lasst uns keine Spielchen spielen. Was ich Ihnen sagen wollte, war, dass Sie absolut Recht haben. John McCain hat nicht über MEINEN MUSLIMISCHEN GLAUBEN gesprochen. Da haben Sie vollkommen Recht.“

Ein Reporter sagt:

„Dearborn ist eine Stadt im Wayne County in Michigan mit 97.775 Einwohnern. Inzwischen wird sie die arabische Hauptstadt von Nordamerika genannt. Fast 50 % der Einwohner sind Muslime. Sie kontrollieren den Stadtrat, und der Polizeichef ist ebenfalls ein Muslim.“

Obama sagt bei einer Veranstaltung in Dearborn:

„Meine Damen und Herren, es ist schön, hier in Dearborn zu sein. Es ist gut, hier in der Motor-Stadt zu sein. (Die Stadt ist die Heimatstadt von Henry Ford und Sitz des Welthauptquartiers der Ford Motor Company.) Ich sehe eine Menge Leute hier, die unermüdlich an meiner Wahlkampagne 2008 gearbeitet haben. Lassen wir uns der Tatsache ins Auge sehen. Sie haben das nicht getan, weil Sie dachten, das wäre ein Kinderspiel. Wenn Sie sich dafür entschieden haben, einen Kandidaten, namens Barack Hussein Obama, zu unterstützen, dann wussten Sie, dass die Chancen nicht zu Ihren Gunsten standen.“

Es gibt noch andere Drahtzieher darin involviert.:

http://www.oic-oci.org/oicv2/topic/?t_id=10159&t_ref=4022&lan=en
6.März 2015

Eröffnung der 5. Sitzung des Istanbul-Prozesses unter dem Motto „Von der Resolution bis zur Realisierung - Wie man die effektive Durchsetzung der Resolution 16/18 des UNO-Menschenrechtsrates fördert“

Über 90 führende Experten für Menschenrechte, Gesetz, Politik und Minderheiten – einschließlich UNO-Sonderbevollmächtigte und Repräsentanten der UNO-Mitgliedsstaaten – trafen sich im OIC-Hauptquartier in Dschidda in Saudi Arabien am 3. Juni 2014 zu einer zweitägigen Sitzung. Es sollte darüber diskutiert werden, wie man die Resolution 16/18 vom UN Human Rights Council (UNHRC = UNO-Menschenrechtsrat) effektiv durchsetzen kann, um die religiöse Intoleranz, die Diskriminierung, den Aufruf zur Gewalt und die Gewalt gegen Menschen aus Motiven der Religion oder Glaubensüberzeugungen zu bekämpfen. Dieses Treffen – die 5. Sitzung des Istanbul Prozesses – ist das zweite seiner Art, das in der muslimischen Welt stattfindet. Ihm gingen viele Sitzungen in Washington, London, Genf und Doha (der Hauptstadt von Katar) voraus. Und bei jeder dieser Sitzungen ging es um die vollständige und effektive Durchsetzung der UNO-Resolution 16/18.

Bei seiner Eröffnungsansprache dankte der OIC-Generalsekretär Iad Ameen Madani den Teilnehmern für ihr zahlreiches Erscheinen und sagte, dass dieses Treffen die Bedeutung widerspiegeln würde, dass die internationale Menschenrechtsgemeinschaft dabei ist, die religiöse Intoleranz zu bekämpfen. In seiner langatmigen Rede sagte Madani, **dass religiöser Hass auf allen Ebenen bekämpft werden müsste, wozu auch die Notwendigkeit gehöre, die Ausdrucksfreiheit einzuschränken und festzulegen, wo sie endet und wo sie in Anstiftung zum Hass übergeht.** Er meinte:

„Der Einfluss der Nachrichten über Diskriminierung oder Gewalt, die auf

Religion basiert, betrifft nicht nur die Zielgruppe oder Zielgemeinschaft, sondern auch die breitere internationale Gemeinschaft, wie es die entsprechenden Reaktionen beweisen.“

Dann ließ er sich über das Thema Globalisierung aus und welche Auswirkungen sie hat. Madani sprach auch detailliert über die Resolution 16/18 und den Istanbul-Prozess, die zur Umsetzung gedacht seien.

„Alle an diesem Projekt Beteiligten müssen vereint zusammenstehen, ihre Hingabe für das globale politische Rahmenwerk erneut bestätigen und ihre Bemühungen verdoppeln, diesen gemeinsamen Aktionsplan auf ALLEN EBENEN vollständig und effektiv umzusetzen.“

Ein anderer Sprecher am Abend der Eröffnungsveranstaltung war der Botschafter Joachim Rucker, der Präsident des UNO-Menschenrechtsrates (UNHRC). In seiner Rede sagte er, dass der Lackmus-Test für die Arbeit des UNHRC seine grundsätzliche Effektivität und sein Einfluss sei.

„Genau darum geht es beim Istanbul-Prozess: Die bessere Umsetzung einer der WICHTIGSTEN RESOLUTIONEN des Rates. Dieser Prozess ist ein gutes Beispiel für Staaten, nicht nur zu verhandeln und eine Resolution auf den Tisch zu bringen, sondern sich die vollständige Umsetzung zu Eigen zu machen.“

Andere Sprecher waren:

- Faisal_bin_Abdulrahman_bin_Muammar, der Generalsekretär des König-Abdullah-Zentrums für interreligiösen und interkulturellen Dialog (KAICIID) in WIEN
- Professor Dr. Ibrahim Saleh Al-Naimi, der Vorsitzende des Internationalen Zentrums von Doha/Katar für interreligiösen Dialog (DCID)
- Der EU-Botschafter Adam Kulach für Saudi Arabien und die Golfstaaten
- Die Botschafterin Marta Murras, die ständige Repräsentantin für Chile bei der UNO in Genf

Darüber hinaus wurden Botschaften des jordanischen Prinzen Seid_al-Hussein, Hoher Kommissar für Menschenrechte und vom Skull & Bones-Mitglied und amerikanischen Außenminister John_Kerry vorgelesen. Und es wurde eine Video-Botschaft des UNO-Sonderberichterstatters für die Förderung und den Schutz der Meinungs- und Ausdrucksfreiheit gezeigt.

Dieses Treffen hatte stattgefunden, um die Projektteilnehmer zu vereinen. Zu ihnen gehörten:

- Akademiker

- Juristische Sachverständige
- Akteure der Zivilgesellschaft
- Repräsentanten der UNO-Körperschaften
- **Repräsentanten der EU**
- Repräsentanten von Nicht-Regierungsorganisationen
- Repräsentanten von interreligiösen Organisationen
- **Vertreter des Vatikan**
- Vertreter der UNO-Mitgliedsstaaten

Fortsetzung folgt ...

Mach mit beim <http://endzeit-reporter.org/projekt/!>*

Bitte beachte auch den Beitrag [In-eigener-Sache](#)